

ÖVP in der Krise: Wer wird der neue Chef der Volkspartei?

Am 5. Januar 2025 diskutieren ÖVP und FPÖ über Regierungsbildung nach Krisensitzung im Kanzleramt. Bundespräsident Van der Bellen steht unter Druck.



Vienna, Österreich - In einer dramatischen Wendung der politischen Ereignisse in Österreich begeben sich die Parteiführer auf eine unsichere Reise nach dem Rückzug von Karl Nehammer. Die ÖVP befindet sich in einer Phase der Selbstfindung, während am Sonntagvormittag im Bundeskanzleramt eine Sitzung stattfand, die noch keine klaren Favoriten für die Führung offenbarte. Die Spekulationen um potenzielle Kandidaten wie Wolfgang Hattmannsdorfer aus der Wirtschaftskammer und den ehemaligen Kanzler Sebastian Kurz halten an, wobei dieser seine Ambitionen nur bei bevorstehenden Neuwahlen signalisierte. Allerdings zeigte sich Vorarlbergs Landeshauptmann Markus Wallner skeptisch gegenüber Neuwahlen, was die Richtung für die ÖVP

beeinflussen könnte. Beobachter vermuten, dass die Partei eher Koalitionsverhandlungen mit der FPÖ anstreben dürfte, was sie in eine Juniorpartnerrolle zwingen würde, wie **die Webseite vienna.at berichtete**.

FPÖ erhöht den Druck

Die politische Spannung wird durch die FPÖ angeheizt, deren Vorsitzender Herbert Kickl nach dem Abbruch der Verhandlungen mit der SPÖ der ÖVP schwere Vorwürfe macht. Er bezeichnete die Frage nach dem Vorsitz der Volkspartei als „Nagelprobe“ und drängt darauf, dass die Wählerstimmen der Nationalratswahl endlich ernstgenommen werden. Kickl hat Bundespräsident Alexander Van der Bellen zur Verantwortung gezogen, der eine bedeutende Rolle in der aktuellen politischen Krise spielt. In seiner Einschätzung wird deutlich, dass die verzögerte Politik negative Auswirkungen auf die Stabilität des Landes hat. Norbert Hofer, FPÖ-Spitzenkandidat, äußerte Bedenken, dass während der vergangenen fast 100 Tage wertvolle Zeit verloren gegangen sei, in der Österreich dringend Stabilität benötigt hätte. Er erwartet ein klares Signal von den Burgenländern bei der bevorstehenden Landtagswahl am 19. Januar. Diese Situation führt zu der Überzeugung, dass der Bundespräsident nun gezwungen ist, Kickl mit der Regierungsbildung zu betrauen, während Tirols FPÖ-Chef Markus Abwerzger von einem „drei Monate zu spät“ spricht und ein Umdenken innerhalb der ÖVP fordert, so wie **das kurier.at berichtete**.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Vienna, Österreich
Quellen	• www.vienna.at • kurier.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at